

Bau- und Planungsausschuss

Protokoll Nr. BPA/06/2015

**über die öffentliche Sitzung des
Bau- und Planungsausschusses am 06.05.2015,
Ahrensburg, Peter-Rantzau-Haus, Manfred-Samusch-Str. 9, Saal**

Beginn der Sitzung : 19:00 Uhr
Ende der Sitzung : 20:45 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Hartmut Möller

Stadtverordnete

Frau Carola Behr
Herr Jörg Hansen
Frau Anna-Margarete Hengstler
Frau Monja Löwer
Frau Karen Schmick

i. V. f. BM Graßau

Bürgerliche Mitglieder

Herr Olaf Falke
Herr Rolf Griesenberg
Herr Wolfdietrich Siller

i. V. f. StV Haase
i. V. f. BM Gaumann

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Peter Engel
Frau Liska Kappmeier

Seniorenbeirat, öffentl. Teil
Kinder- und Jugendbeirat,
öffentl. Teil

Herr Angelius Krause
Frau Joyce Rittel

Behindertenbeirat, öffentl. Teil
Kinder- und Jugendbeirat,
öffentl. Teil

Sonstige, Gäste

Herr Rainer Behrend
Herr Hardy Mehl
Herr Herbert Oberhagemann
Herr Thomas Schaaf

Architektenpartner, zu TOP 12
Basler AG, zu TOP 12
Beratender Architekt, zu TOP 12
Architektenpartner, zu TOP 12

Verwaltung

Herr Michael Sarach
Herr Ulrich Kewersun
Herr Andreas Schneider
Frau Juliette Schickel
Frau Anette Kruse
Frau Maren Uschkurat

ab 19:13 Uhr

Protokollführerin

Entschuldigt fehlt/fehlen

Stadtverordnete

Herr Rafael Haase

Bürgerliche Mitglieder

Herr Uwe Gaumann
Herr Uwe Graßau

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Einwohnerfragestunde
4. Festsetzung der Tagesordnung
5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 05/2015 vom 01.04.2015
6. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung
 - 6.1 Berichte gem. § 45 c GO
 - 6.2 Sonstige Berichte/Mitteilungen
 - 6.2.. Bushaltestelle Rathaus-Ostseite
 - 6.2.2 Abschlussveranstaltung des Projektes "Anpassungsstrategien für den Siedlungs- und Wohnungsbau im demografischen Wandel"
 - 6.2.3 Öffentlichkeitsveranstaltung zum Flächennutzungsplan/Landschaftsplan
 - 6.2.4 Schaffung von Fahrradabstellplätzen im Bahnhofsbereich
 - 6.2.5 Realisierungswettbewerb Erlenhof - Rückmeldung der Anwohner
 - 6.2.6 Städtebauförderung - Änderung einer Gemeinbedarfseinrichtung
 - 6.2.7 Städtebauförderung - Vorbereitende Untersuchung Innenstadtkonzept
 - 6.2.8 B-Plan Nr. 95 "Manhagener Allee 54 und 56" - Abbruch des Türmchens
7. Widerspruch des Bürgermeisters zum Beschluss der Abschnittsbildung im Pionierweg **2015/055**
8. Einziehung des Parkplatzes Lange Koppel **2015/054**
9. Antrag der SPD-Fraktion an den BPA - Errichtung bezahlbaren Wohnraums **AN/001/2015**
(vgl. auch Empfehlung des BKSA vom 05.03.2015)

10. Antrag des Behindertenbeirates zum Busbegleitservice auf der Linie 569 - Gartenholz **AN/021/2015**
11. Verschiedenes
- 11.1 Fußgängerampel und Parkplatzsituation Am Marstall
- 11.2 Fahrradweg im Bereich der Lübecker Straße
- 11.3 Sitzungstermine des Umweltausschusses
- 11.4 Begrünung der Klaus-Groth-Straße vor dem CCA
- 11.5 Vertragliche Vereinbarungen zum Projekt "Lindenhof"
- 11.6 Dynamische Fahrgastinformation am Bahnhof Ahrensburg
- 11.7 Sauberkeit von Flächen im Innenstadtbereich
- 11.8 Verkehrssituation Am Alten Markt
- 11.9 Wartung der festen Geschwindigkeitsmessenanlagen
- 11.10 Einsatz der mobilen Geschwindigkeitsmessenanlagen in der Manhagener Allee
- 11.11 Parkdruck in der Bogenstraße/Bargenkoppelredder
- 11.12 Falschparker in der Bismarckallee

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende Herr Möller begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Beschlussfähigkeit des Bau- und Planungsausschusses ist gegeben.

3. Einwohnerfragestunde

Herr Jürgen Krusch als Vertreter der Bürgerinitiative Pionierweg Süd nimmt Bezug auf den Tagesordnungspunkt 7, in dem der Beschluss des BPA vom 01.04.2015 bezüglich der Abschnittsbildung im Pionierweg aufgehoben werden soll. Zum einen kritisiert er, dass er dies aus der Presse und nicht direkt von der Verwaltung erfahren hat. Des Weiteren kann er die Begründung für den Widerspruch nicht nachvollziehen (**vgl. Anlage**). Der Bürgermeister berichtet, dass keine aktive Information der Presse stattgefunden hat, sondern lediglich auf Fragen reagiert wurde. Auf den Aspekt der Abschnitte wird im Tagesordnungspunkt eingegangen.

Herr Landwehr berichtet, dass im Bereich der Kindertagesstätte aufgrund des Sturmes Bäume umgefallen sind und schlägt nun vor, dass statt einer Neupflanzung weitere Parkplätze für die Kindertageseinrichtung geschaffen werden.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Verwaltung wird versuchen, die aufgrund des Sturmes freigewordene Fläche auf dem Kita-Grundstück für weitere Stellplätze zu nutzen. Ob und in welcher Höhe tatsächlich weitere Stellplätze geschaffen werden können, wird die Verwaltung noch im Detail klären.

Auf Nachfrage hinsichtlich der Birken berichtet die Verwaltung, dass derzeit kein Handlungsbedarf besteht, diese zu entfernen, jedoch sichert sie zu, noch einmal die Standfestigkeit und Vitalität der Birken zu überprüfen und das Ergebnis Herrn Landwehr direkt mitzuteilen.

Herr Mächler berichtet, dass im Bereich der Kohschietstraße mehrere defekte Lampenmasten stehen. Er gibt zu bedenken, dass es sich hierbei ggf. um einen Materialfehler handelt und schlägt vor, dass die Verwaltung dies überprüft.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Leuchten in der Großen Straße werden in regelmäßigen Abständen durch Fahrzeuge irreparabel beschädigt und müssen dann komplett ausgetauscht werden.

Da die Leuchten Sonderanfertigungen sind, gestaltet es sich schwierig, einen Ersatz der speziellen Leuchten bei dem Hersteller zu bekommen. Aufgrund der langen Lieferzeit von bis zu einem Jahr hat die Verwaltung einen anderen Hersteller gesucht.

Dort wurden jetzt 10 Leuchten bestellt. Wenn diese geliefert werden, werden die Leuchten kurzfristig aufgebaut und an den Bestand angepasst.

4. Festsetzung der Tagesordnung

Der Vorsitzende nimmt Bezug auf die in der Einladung vom 23.04.2015 vorgeschlagene Tagesordnung und fragt ob es Änderungswünsche gibt.

Ein Ausschussmitglied fragt daraufhin, ob die Vorlage Nr. 2015/064 tatsächlich im Rahmen der Dringlichkeit auf die Tagesordnung muss und ob diese nicht auch im öffentlichen Sitzungsteil behandelt werden kann. Hierzu berichtet die Verwaltung, dass auch seitens der Verwaltung keine Dringlichkeit gesehen wird und deshalb die Vorlage erst in der nächsten Sitzung behandelt werden soll. Ob der Inhalt der Vorlage die Behandlung im nicht öffentlichen Sitzungsteil notwendig macht, wird die Verwaltung mit den Verfassern klären.

Ohne weitere Aussprache wird anschließend mit Hinweis auf die überwiegenden Belange des öffentlichen Wohls und der berechtigten Interessen Einzelner über den Antrag des Vorsitzenden auf Ausschluss der Öffentlichkeit bei den Tagesordnungspunkten 12 bis 15 abgestimmt.

Der BPA stimmt einstimmig und damit mit der gemäß § 46 Abs. 8 i. V. m. § 35 Abs. 2 Gemeindeordnung Schleswig-Holstein erforderlichen Mehrheit von 2/3 der anwesenden Ausschussmitgliedern zu.

Letztlich stimmt der BPA über die angepasste Tagesordnung ab.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 05/2015 vom 01.04.2015

Keine Einwände. Das Protokoll gilt damit als genehmigt.

6. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung

6.1 Berichte gem. § 45 c GO

Die Verwaltung teilt mit, dass es in der heutigen Sitzung keine Berichte bzw. Mitteilungen gemäß § 45 c der Gemeindeordnung Schleswig-Holstein gibt.

6.2 Sonstige Berichte/Mitteilungen

6.2.1 Bushaltestelle Rathaus-Ostseite

Die Verwaltung nimmt Bezug auf die in der BPA-Sitzung am 01.04.2015 (vgl. Protokoll Nr. 05/2015; TOP 11.3) angesprochene Situation in der Manfred-Samusch-Straße, in der es aufgrund von haltenden Bussen zu Rückstaus in Richtung AOK-Knoten kommt.

Ergänzend berichtet die Verwaltung, dass

- a) die angeordnete Haltestelle Rathaus-Ostseite nicht nur eine verkehrssichere Querung der Fahrbahn fördert, sondern auch für den Linienbusverkehr beschleunigend wirkt und
- b) die Teilnehmer an der Verkehrsschau am 15.04.2015 (u. a. Verkehrsaufsicht, Polizei, Kreis Stormarn, Busunternehmen und Straßenwesen) keinen Handlungsbedarf gesehen haben.

6.2.2 Abschlussveranstaltung des Projektes "Anpassungsstrategien für den Siedlungs- und Wohnungsbau im demografischen Wandel"

Der Kreis Stormarn lädt für den 01.07.2015 zur Abschlussveranstaltung des Projektes „Anpassungsstrategien für den Siedlungs- und Wohnungsbau im demografischen Wandel“ ein. Die Veranstaltung beginnt um 17:00 Uhr im Kreissitzungssaal des Kreises Stormarn, Mommsenstraße 13, 23843 Bad Oldesloe.

6.2.3 Öffentlichkeitsveranstaltung zum Flächennutzungsplan/Landschaftsplan

Die Verwaltung berichtet, dass am Mittwoch, dem 29.04.2015, eine Öffentlichkeitsveranstaltung zum Flächennutzungsplan sowie zum Landschaftsplan stattgefunden hat. Hier wurde von einigen Teilnehmern vorgebracht, dass zu kurzfristig über die Veranstaltung informiert wurde. Nach Überprüfung wurde festgestellt, dass die Amtliche Bekanntmachung am 20.04.2015 und damit fristgemäß im Hamburger Abendblatt abgedruckt wurde. Die Verwaltung wird dennoch gebeten, dies zukünftig auch im Veranstaltungskalender der Stadt Ahrensburg zu veröffentlichen.

Ein Ausschussmitglied berichtet, dass es Irritationen bei Bürgern über eine Wohnbaupotenzialfläche in Delingsdorf gegeben hat. Hierzu berichtet die Verwaltung, dass es sich nur um eine Flächenausweisung im Leitbild „Wohnen“ handelt und dies keine im FNP festgelegte Fläche ist. Die Verwaltung bestätigt, dass dies etwas missverständlich dargestellt ist.

6.2.4 Schaffung von Fahrradabstellplätzen im Bahnhofsbereich

In der Stadtverordnetenversammlung am 27.04.2015 wurde die kurzfristige Schaffung von zusätzlichen Fahrradstellplätzen im Bereich der Grünfläche zwischen Schnecke und Tunnel Woldenhorn beschlossen. An der Schnecke wurden bereits 25 Fahrradbügel montiert. Weitere 23 Bügel sind im Bereich der Ladestraße aufgestellt worden.

6.2.5 Realisierungswettbewerb Erlenhof - Rückmeldung der Anwohner

Mehrere Neubürger Ahrensburgs aus dem Neubaugebiet Erlenhof-Süd brachten ihre Bedenken bezüglich des Wettbewerbsergebnisses gegenüber der Verwaltung vor. Der Realisierungswettbewerb fand von November 2014 bis März 2015 statt, die Ergebnisse waren bis zum 30.04.2015 auf der Galerie des Rathaus Foyer, 1. OG, zu sehen.

Die Befürchtung der Anwohner betreffen unter anderem die geplanten Bebauungshöhen, die zum Teil die festgesetzten Höhen des B-Plans überschreiten, die Überschreitung der Baugrenzen, die Anzahl der Wohneinheiten und südliche Baureihe, die wie eine „Wand“ wirke. Die Anwohner zeigten sich beunruhigt darüber, dass die Verwaltung Befreiungen vom Bebauungsplan aussprechen könnte. Gestalterisch konnten die Anwohner dem Entwurf nicht viel abgewinnen, außerdem klang ein Vorwurf gegen die Verwaltung an, die Ergebnisse des Wettbewerbs nicht transparent dargestellt zu haben.

Die Anwohner informierten sich über ihre Möglichkeiten als Bürger, an dem Verfahren beteiligt zu werden. Die Verwaltung stellte klar, dass als nächster Schritt die Baugenehmigung ansteht und kein öffentliches Verfahren wie in einem Bebauungsplan folgen wird, da dieser bereits rechtskräftig ist. Der Bauantrag muss nicht exakt dem Wettbewerbsergebnis gleichen, Anpassungen können möglich sein.

Leider ließen sich die Anwohner von den Ausführungen der Verwaltung kaum beruhigen. Der Unmut über das Wettbewerbsergebnis ist nach ihrer Aussage auch in der Nachbarschaft sehr groß. Die Verwaltung schlägt vor, die Nachbarn zu einem Gespräch ins Rathaus nach dem ersten Planungsgespräch mit dem Auslober und den Architekten einzuladen.

6.2.6 Städtebauförderung - Änderung einer Gemeinbedarfseinrichtung

Im regelmäßigen Abstand finden Planungsgespräche bezüglich des Förderantrages zum Umbau des Rathauses, „Änderung einer Gemeinbedarfseinrichtung“, statt. Ein Testantrag zur Vorprüfung soll Mitte des Jahres in Kiel eingereicht werden. Mit dem Umbau soll im Jahr 2016 begonnen werden.

6.2.7 Städtebauförderung - Vorbereitende Untersuchung Innenstadtkonzept

Die Verwaltung hat das Planungsbüro BPW baumgart + partner aus Bremen für die Erstellung der Vorbereitenden Untersuchungen und des Innenstadtkonzeptes beauftragt. Die Vorgehensweise sieht 3 Phasen vor: Die Bestandsaufnahme, die Phase zur Bildung von Maßnahmen und Entwicklungskonzept sowie die Abschlussphase. Zunächst steht die Bestandsaufnahme mit Expertengesprächen und einer Auftaktveranstaltung am 08.09.2015 in der Reithalle an. Vor der Auftaktveranstaltung soll sich die Lenkungsgruppe (voraussichtlich am 01.09.2015) treffen, die aus Vertretern der Verwaltung und der Politik bestehen soll. Pro Fraktion sollten sich max. 2 Stadtverordnete finden, die die Lenkungsgruppen über den ganzen Zeitraum begleiten wollen.

6.2.8 B-Plan Nr. 95 "Manhagener Allee 54 und 56" - Abbruch des Türmchens

Bei Abbrucharbeiten eines nicht erhaltenswerten Anbaues in der Manhagener Allee 56 konnte das Türmchen nicht erhalten werden und ist in sich zusammengefallen. Grund war die Standfestigkeit dieses Gebäudeteils, der nicht mit der Hauptfassade verbunden ist. Die Bauherrenschaft hat nun für dieses Gebäudeteil einen erweiterten Abbruchartrag gestellt. Es handelt sich um einen kleinen Gebäudeteil von 2,50 m, der nun mit dem Wegfall des Türmchens keinen erhaltenswerten Gebäudeteil mehr darstellt. Wie marode die Gebäudesubstanz unterhalb des Türmchens wirklich ist, wurde erst nach dem Abbruch deutlich. Außerdem fand ein Vororttermin mit Verwaltung, den beteiligten Planern und Ingenieuren statt, um sich ein Bild von der Situation zu machen.

Die Bauherrenschaft hat bereits Eigentumswohnungen verkauft und mit der historischen Fassade geworben. Außerdem wurden bereits Aufträge erteilt und Ausschreibungen bekannt gegeben, um den Erhalt der Fassade sichern.

Anmerkung der Verwaltung:

Aufgrund des § 22 Gemeindeordnung Schleswig-Holstein war das Bürgerliche Mitglied Rolf Griesenberg von der Beratung und Abstimmung dieser Tagesordnungspunkte ausgeschlossen und verließ für diese Zeit den Sitzungsraum.

7. **Widerspruch des Bürgermeisters zum Beschluss der Abschnittsbildung im Pionierweg**

Ein Ausschussmitglied berichtet, dass seitens der CDU-Fraktion in der letzten Sitzung der Antrag auf Bildung von Abschnitten gestellt wurde, um eine gute Lösung für die Anwohner des Pionierwegs Süd zu erreichen. Dem entgegnet ein Ausschussmitglied, dass nicht höhere Kosten für die Anlieger an sich entstehen, sondern nur eine andere Verteilung geregelt wurde. Zu bedenken gibt es, dass durch die Abschnittsbildung die Anwohner des Pionierwegs Nord quasi schlechter gestellt werden, da sie die Kosten der Ausbaumaßnahme allein zu tragen haben. Des Weiteren nimmt das Ausschussmitglied Bezug auf die Anlage zur Ausbaubeitragssatzung und stellt fest, dass der Pionierweg in Gänze als Anliegerstraße aufgelistet wurde.

Nachfolgend wird kurz auf die Frage, ob es sich um eine erstmalige Herstellung im Sinne des BauGB handelt, diskutiert.

Die Verwaltung erläutert, dass die in der Anlage zur Ausbaubeitragssatzung genannten Straßenkategorien nur diktatorisch anzusehen sind, da eine Entscheidung erst nach Abschluss einer Maßnahme getroffen werden kann. So kann es beispielsweise sein, dass eine Anliegerstraße durch eine Ausbaumaßnahme zu einer Haupterschließungsstraße wird. Die Verwaltung sichert jedoch zu, dass bei Abrechnung der Maßnahme die notwendige Sorgfalt zugrunde gelegt wird, um eine rechtssichere Abrechnung vorzunehmen.

Abschließend berichtet der Bürgermeister, dass das Thema „Beiträge“ sehr komplex ist und auf die Rechtssicherheit seitens der Verwaltung großer Wert gelegt wird.

Abstimmungsergebnis: **5 dafür**
4 Enthaltungen

Damit ist dem Widerspruch des Bürgermeisters stattgegeben und der Beschluss über die Abschnittsbildung im Pionierweg zurückgenommen.

8. Einziehung des Parkplatzes Lange Koppel

Die Verwaltung erläutert die Vorlage anhand eines Lageplanes und verweist ergänzend auf die Einziehung des östlichen Grundstücksteils mit Verfügung vom 14.05.1992, die Gegenstand einer gerichtlichen Überprüfung gewesen ist. Sowohl im Urteil des Verwaltungsgerichtes Schleswig-Holstein vom 10.08.1993 als auch in dem Beschluss des Oberverwaltungsgericht Schleswig-Holstein vom 09.02.1994 wurde darauf hingewiesen, dass die Klagebefugnis nicht gegeben und die Klage unzulässig ist. Dieses setze voraus, dass das betreffende Grundstück an der öffentlichen Straße gelegen ist und zu dieser in einer über das bloße Angrenzen hinausgehenden Beziehung steht. Eine Verletzung von Rechten lasse sich auch nicht herleiten aus der Leistung von Erschließungsbeiträgen.

Zur Veranschaulichung zeigt die Verwaltung Fotos (siehe auch in der Vorlage) und erläutert, dass es sich bei dem neu geplanten Gebäude ebenfalls um ein Holzhaus handelt, welches etwas dichter zur Straße ausgerichtet ist. Details zum Bau fallen jedoch in die Zuständigkeit des Sozialausschusses. Hierzu verweist die Verwaltung auf die in der Vorlage benannten Vorlagen Nrn. 2014/076 und 2015/045.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

**9. Antrag der SPD-Fraktion an den BPA - Errichtung bezahlbaren Wohnraums
(vgl. auch Empfehlung des BKSA vom 05.03.2015)**

Einleitend wird daran erinnert, dass in der BPA-Sitzung am 21.01.2015 der Antrag der SPD-Fraktion in einen Prüfauftrag umgewandelt wurde. Der für Schulerweiterungsflächen zuständige BKSA hat sich in seiner Sitzung am 05.03.2015 gegen die Aufstellung eines Bebauungsplanes für bezahlbaren Wohnraum ausgesprochen, da das Grundstück als Schulerweiterungsfläche bevorratet werden soll.

Dennoch bittet der Vorsitzende, dass seitens der anderen Fraktionen, insbesondere der CDU-Fraktion noch einmal hierüber nachgedacht wird. Dem entgegen ein CDU-Mitglied, dass der Antrag ursprünglich von der CDU gestellt wurde, jedoch das Grundstück aufgrund der Argumentation im BKSA auch weiterhin als potenzielle Fläche für Schulen bevorratet werden soll, jedoch stellt eine Nutzung für weitere Flüchtlingsunterkünfte eine sehr gute Möglichkeit dar, diese Fläche vorerst zu nutzen. Dem stimmen andere Ausschussmitglieder ebenfalls zu.

Abschließend wird seitens der SPD-Fraktion angekündigt, den Antrag erneut zu stellen, um diesen in der nächsten Sitzung zu beraten und beschließen. Vorgeschlagen wird, dass möglicherweise bezahlbarer Wohnraum und Flüchtlingsunterkünfte parallel entwickelt werden könnten.

10. Antrag des Behindertenbeirates zum Busbegleitservice auf der Linie 569 - Gartenholz

Einleitend geht Herr Krause vom Behindertenbeirat auf die wesentlichen Punkte des Antrages ein und bittet den BPA, Mittel hierfür bereitzustellen. Seitens der Ausschussmitglieder wird dem Antrag dem Grunde nach zugestimmt.

Auch der Bürgermeister betont, dass seitens der Verwaltung der Antrag grundsätzlich befürwortet wird, jedoch ein formalrechtliches Problem hinsichtlich der derzeitigen Mittelbereitstellung besteht, da die Leistung für die Stadt Ahrensburg freiwillig ist. Eine Unabweisbarkeit im Sinne des § 95 d GO ist nicht gegeben, deshalb wäre der Beschluss rechtswidrig. Auch eine Abstimmung mit dem Rechnungsprüfungsamt hat ergeben, dass zwingend diese Formalie eingehalten werden muss. Eine Bereitstellung der Mittel ist somit nur im Rahmen eines Nachtragshaushaltes möglich. Auf Nachfrage bestätigt der Bürgermeister, dass ein Beschluss über diesen Antrag einen Widerspruch des Bürgermeisters zur Folge hätte. Daraufhin wird vorgeschlagen, diesen Antrag mit der Maßgabe, dass die Mittel im Nachtragshaushalt zur Verfügung gestellt werden, zuzustimmen. Dieser soll nachzeitigem Kenntnisstand noch vor der Sommerpause zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Abschließend stimmen die Ausschussmitglieder über den modifizierten Antrag ab.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

11. Verschiedenes

11.1 Fußgängerampel und Parkplatzsituation Am Marstall

Ein Beiratsmitglied berichtet, dass die Fußgängerbedarfsampel am Marstall nur bis 22:00 Uhr angeschaltet ist. Viele Veranstaltungen des Marstalls gehen jedoch länger, deshalb bittet es, die Zeiten der Ampel anzupassen. Des Weiteren schlägt es vor, ggf. einen Zebrastreifen oder ähnliches zu installieren.

Auch bemängelt das Beiratsmitglied die Parkplatzsituation in diesem Bereich.

11.2 Fahrradweg im Bereich der Lübecker Straße

Kritisiert wird seitens eines Beiratsmitgliedes der vermeintlich gegenläufige Fahrradweg zwischen der Straße Am Weinberg und dem Schloss auf der Schlossseite. Hierzu berichtet die Verwaltung, dass das Problem der uneindeutigen Ausschilderung bekannt ist und die Verwaltung bereits über Lösungen nachdenkt.

11.3 Sitzungstermine des Umweltausschusses

Ein Ausschussmitglied kritisiert, dass der Umweltausschuss in den letzten Monaten des Öfteren an den Sitzungsterminen des Bau- und Planungsausschusses stattgefunden hat. Hierzu berichtet die Verwaltung, dass es in der Vergangenheit aufgrund gemeinsamer Sitzungsteile zu einer Paralleltagung gekommen ist und der heutige gemeinsame Sitzungstermin auf Wunsch der Vorsitzenden des Umweltausschusses zustande gekommen ist. Beschwerden sind deshalb im Umweltausschuss vorzutragen.

11.4 Begrünung der Klaus-Groth-Straße vor dem CCA

Seitens eines Ausschussmitgliedes wird die mangelnde Begrünung der Klaus-Groth-Straße vor dem CCA kritisiert. Daraufhin bitten mehrere Ausschussmitglieder, in einer der nächsten Sitzungen über den Verfahrensstand zur Begrünung der Klaus-Groth-Straße (Reeshoop bis Große Straße) zu berichten. Eine vertragliche Verpflichtung des CCA-Betreibers zur Begrünung der Klaus-Groth-Straße in diesem Bereich gibt es nicht, sodass nur auf „good will“ der angrenzenden Anlieger solch eine Begrünung durch diese vorgenommen werden kann. Daraufhin wird vorgeschlagen darüber nachzudenken, ob die Stadt Ahrensburg selbst Mittel in die Hand nimmt, um die Fußgängerzone attraktiver zu gestalten. Ein Ausschussmitglied bittet des Weiteren darum, die möglichen Kosten hierfür zu beziffern, um eine bessere Entscheidungsgrundlage zu bekommen.

11.5 Vertragliche Vereinbarungen zum Projekt "Lindenhof"

Die Verwaltung wird gebeten, die vertraglichen Vereinbarungen zum Projekt „Lindenhof“ dem Bau- und Planungsausschuss darzulegen, auch die vom Finanzausschuss beschlossenen privatrechtlichen Vereinbarungen. Da der zuständige Sachbearbeiter in der nächsten Sitzung nicht anwesend sein wird, wird das Thema voraussichtlich in der Sitzung am 03.06.2015 vorgetragen.

11.6 Dynamische Fahrgastinformation am Bahnhof Ahrensburg

Wie ein Ausschussmitglied berichtet, ist die Dynamische Fahrgastinformation (DFI) seit Wochen außer Betrieb. Die Verwaltung berichtet hierzu, dass der Vertrag zum Ende des Jahres 2014 ausgelaufen ist. Mittel im Rahmen des Haushalts 2015 wurden nicht bereitgestellt. Deshalb kann es möglich sein, dass die Fahrgastinformation auch zukünftig außer Betrieb bleibt.

11.7 Sauberkeit von Flächen im Innenstadtbereich

Ein Ausschussmitglied kritisiert, dass im Bereich der Sondernutzungsfläche des Hansebäckers Junge sowie beim Ramrob eine Vielzahl Zigarettenkippen auf dem Boden liegt und bittet die Verwaltung, an die Nutzer heranzutreten. Die Verwaltung sichert zu, den Sachverhalt zu überprüfen und an die beiden Betriebe heranzutreten.

Ein Ausschussmitglied berichtet daraufhin, dass beim Ramrob Aschenbecher aufgestellt sind und diese anscheinend nur nicht ausreichend genutzt werden. Des Weiteren bittet er darum zu veranlassen, dass im Heinz-Beusen-Stieg für die Entfernung der Scherben gesorgt wird.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Verwaltung ist an beide Geschäfte herangetreten mit der Bitte, hierauf zukünftig verstärkt zu achten.

11.8 Verkehrssituation Am Alten Markt

Ein Ausschussmitglied berichtet, dass es im Bereich der Apotheke Am Alten Markt vermehrt zu Verkehrsbehinderungen kommt, da häufig Pkw vor der Apotheke im eingeschränkten Halteverbot stehen. Es wird vorgeschlagen, hier zukünftig ein absolutes Halteverbot einzurichten. Daraufhin entgegnet die Verwaltung, dass ein absolutes Halteverbot sowohl für die Anwohner als auch die Geschäfte nachteilig wäre, da von hinten nicht alle Lieferungen möglich sind. Es wird vorgeschlagen, dass verstärkt Kontrollen durch die Verkehrsaufsicht durchgeführt werden, damit zukünftig das eingeschränkte Halteverbot ordnungsgemäß genutzt wird.

11.9 Wartung der festen Geschwindigkeitsmessenlagen

Auf Nachfrage berichtet die Verwaltung, dass die beiden Geschwindigkeitsmessenlagen, die derzeit außer Betrieb sind, in Kürze vorübergehend zur Wartung sowie zum Software-Update eingeschickt werden und danach wieder voll funktionstüchtig sind.

Die drei weiteren Anlagen werden dann anschließend ebenfalls kurzzeitig abmontiert und gewartet.

11.10 Einsatz der mobilen Geschwindigkeitsmessenanlagen in der Manhagener Allee

Ein Ausschussmitglied bittet darum, kurzfristig in der Manhagener Allee die mobilen Geschwindigkeitsmessenanlagen aufzubauen, da es hier vermehrt zu erheblichen Geschwindigkeitsübertretungen kommt.

11.11 Parkdruck in der Bogenstraße/Bargenkoppelredder

Berichtet wird, dass sich der Parkdruck in der Bogenstraße erhöht hat, weshalb es vermehrt zu Falschparkern kommt, die die Einsichtmöglichkeiten für den fließenden Verkehr beeinträchtigen. Die Verwaltung wird gebeten, diesen Bereich verstärkt zu kontrollieren. Die Verwaltung sichert zu, dass die Überwachungskräfte im Rahmen der Möglichkeiten diesen Bereich verstärkt überprüfen und weist darauf hin, dass die angesprochene Schule im Bereich des Bargenkoppelredders liegt und auch hier stärker kontrolliert werden muss.

11.12 Falschparker in der Bismarckallee

Wie bereits unter TOP 11.11 berichtet, gibt es im Innenstadtbereich vermehrt Falschparker. So berichtet ein Ausschussmitglied, dass in der Bismarckallee im Bereich des Fußgängertunnels Pkw so ungünstig parken, dass die Einsicht für den fließenden Verkehr erheblich eingeschränkt ist. Auch hier wird die Verwaltung gebeten, dies zu überprüfen.

gez. Hartmut Möller
Vorsitzender

gez. Maren Uschkurat
Protokollführerin